

Palmer fordert doppelten Spurwechsel

Tübingens Oberbürgermeister referiert bei den Grünen über Asyl und Integration

Baden-Baden (gk). Der Mann polarisiert: Als Grünen-Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen hat Boris Palmer eine gute Bilanz vorzuweisen, was auch seine politischen Gegner respektieren. Mit Äußerungen zu unbegleiteten männlichen Flüchtlingen auf sozialen Medien eckte der als streitbar bekannte Realo bei großen Teilen seiner Partei an. Auf Einladung der Baden-Badener Landtagsabgeordneten Beate Böhlen referierte der Grünen-Politiker (Jahrgang 1972) im Lichtentaler Löwen vor über 150 Interessierten über „Flucht, Asyl und Integration“.

Bois Palmer ist seit 2007 Oberbürgermeister von Tübingen und Autor des Buches „Wir können nicht allen helfen“. Bereits bei der Nennung des Titels durch Moderator Bernd Seidl gab es Applaus im Saal, das Publikum war bunt gemischt und bestand nicht nur aus Grünen-Mitgliedern. Böhlen erklärte, dass die Thesen des früheren Landtagsabgeordneten Palmer ablehnende und unterstützende Reaktion hervorbrächten, weshalb sie eine kontroverse Debatte erwarte. „Bei dem Thema spaltet sich unsere Gesellschaft immer weiter“, mahnte Palmer an. Wichtig sei aber, dass auch Menschen unterschiedlicher Auffassung miteinander kommunizierten.

Gewalt- und Sexualstraftaten von Flüchtlingen seien Themen, dass stark an Bedeutung gewonnen hätten, betonte Palmer: Bei rückläufigen Flüchtlingszahlen hätten sich die Sorgen der Bevölkerung auf die Situation in der Bundesrepublik verlagert. Er sprach von Risikofaktoren (junge Männer, keine berufliche Perspektive, keine Zukunft), die zu einer erhöhten Straffälligkeit führten. Fazit Palmer: „Wir müssen den Streit überwinden, ob es ein Problem gibt.“

Mit jeder weiteren Straftat in den Medien bekomme die AfD bei der nächsten Wahl einen Prozentpunkt mehr. Bei den bayerischen Landtagswahlen werde die AfD voraussichtlich zweitstärkste Fraktion.

„Wer um Hilfe bitte, hat sich so zu verhalten, dass er den Helfenden nicht schadet“, sagte der Tübinger Oberbürgermeister. Palmer forderte einen doppelten Spurwechsel: Polizeibekannte Straftäter, vielfach abgelehnte Asylbewerber sollten in Kasernen im Ländli-

chen Raum konzentriert und abgescho-ben werden. Stattdessen sollten die Flüchtlinge, die sich um Arbeit und Integration bemühen, Unterstützung finden. Dafür sei es erforderlich, das Asylverfahren zu beschleunigen: weg von einem Asylverfahren hin zu einem Einwanderungsverfahren. Die Akzeptanz von Flüchtlingen, die keinen Asylan-spruch haben, aber sich nachträglich ein Aufenthaltsrecht durch ihre Bemühungen „verdienen“, erfordere eine Abkehr von der „Prinzipienreiterei“ (Palmer). Dies gelte übrigens auf beiden Seiten, auch für eine Akzeptanz der Abschiebung straffälliger Flüchtlinge.

Bei aller kritischen Betrachtung sei die Stadt Tübingen nicht untätig gewesen, sondern habe in drei Jahren Wohnungen für über 1000 Flüchtlinge gebaut, Investitionsvolumen: 100 Millionen Euro. „Wir Kommunen wurden da ziemlich allein gelassen“, kritisierte Palmer mangelnde Unterstützung beim Wohnungsbau und Hindernisse etwa bei der baurechtlichen Umsetzung.

„Baden-Württemberg hat als eines der ersten Bundesländer die Probleme angepackt“, insistierte Beate Böhlen. Sie forderte ein Einwanderungsgesetz, damit nicht Menschen, die keinen Asylan-spruch haben, Asyl in Deutschland beantragen, sondern auf legalem Weg einwandern können.

Auch Palmer räumte ein, dass es in den kommenden 20 Jahren einen steigenden Arbeitskräftebedarf geben werde, der nur durch Einwanderung zu decken sei. Für die „Schaffer in der Spülküche“ gebe es längst keinen Ersatz mehr, diese Leute müssten „aus der Frustrations-Ebene heraus.“ Die Akzeptanz des Asylrechts leide unter einer kleinen Gruppe, die straffällig werde.



POLARISIEREND: Boris Palmer eckt mit seinen Thesen häufig an. *Foto: Keller*